

dem Gebiete der Ökonomie übertragen in das Feld der Politik. Wenn Sie aber mit uns der Ueberzeugung sind, daß eine gewisse Beförderung durch politische Arbeit möglich sei, dann dürfen Sie uns nicht unerträgliche Fesseln anlegen, daß Sie einen dauernden Zwang zur Ablehnung des Gesamtbudgets statuieren. Ich appelliere an diejenigen, die den Klassenkampf scharf führen, nicht bloß im Munde — an die Gewerkschaften (Sehr gut!) Sie verhandeln wochenlang, monatlang mit den Unternehmern um Pfennige, und am Ende ihrer Tätigkeit prüfen sie die gesamte Lage des Gewerbes, ihre wirtschaftliche Lage überhaupt, und untersuchen, ob sie danach zu dem Tarifvorschlag ja oder nein sagen sollen. Wenn ihnen dann jemand zumuten wollte, sie hätten zwar den Tarif Posten für Posten durchberaten, wären aber gezwungen, am Schlusse unter allen Umständen nein zu sagen (Auaes Lachen. Rufe: Rächerlich!) — Man sagt, durch Annahme des Gesamtbudgets würden wir den Klassenkampf erkennen und ihm die Mittel bewilligen. Mein Freund Timm hat Ihnen schon gesagt, daß der Staat eine Tatsache ist, mit oder ohne Anerkennung. Wir wollen diesen Staat umformen und ohne Anerkennung. Das geschieht nicht dadurch, daß man mechanisch von Zeit zu Zeit nein sagt, sondern durch jäh andauernde Arbeit. (Sehr richtig!) Mein Beispiel über den Tarifvertrag hat Ihre Heiterkeit aber vergessen Sie nicht: Es läßt sich nicht leugnen, daß jeder Gewerkschaftler, der einen Tarifvertrag mit dem Unternehmer abschließt, damit die Tatsache anerkennt, daß für die Verbesserung die auf Ausbeutung beruhende gesellschaftliche Ordnung noch besteht, daß sie eine Tatsache ist. (Lachen)

Nach unserer Meinung ist das, was wir eben tun, ein echt deutscher Streit um eine Forderung, um ein Nichts. Es soll der Staat gewissermaßen in der Idee vernichtet werden. Als wenn dadurch von dem Gebäude des Staates nur ein Steinchen verdrückt wird. (Sehr wahr!) Wiegt es denn gegenüber nicht schwerer, wenn eine so große Zahl süddeutscher Parteigenossen von dem Zwange zur Ablehnung des Budgets schwere Nachteile befürchten? Ist es nicht merkwürdig, daß gerade diejenigen deutschen Länder, in denen man Erfahrungen gesammelt hat, gegen die Bindung aufstehen? In Preußen haben Sie es nicht getan; ihren Landtagsabgeordneten sind innere und äußere Reizpunkte erspart geblieben, sie haben noch keine gehabt. Sie wissen, daß sich Süddeutschen für preußischer Wahlkampf eine erste Sache ist. Aber die wir nicht lachen, und wenn ich eben konstatierte, daß es Ihnen leicht geworden sei, in dieser Frage radikal auszuweichen, in dem wir stehen, lediglich ein Ausfluß der Tatsache ist, daß die Preußen bisher ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht nicht besitzen. Hätten sie ein ausländisches Wahlrecht und eine der Stärke des preussischen Proletariats entsprechende Verfassung, dann würde zweifellos auch für Preußen der Tag von Damaskus kommen und auch dem Saufis Singer würde ein Haus ausfallen. Sie haben sich und andere in eine Aufregung hineingetrieben durch die Behauptung, daß wir einen Disziplinarspruch begangen hätten, und von Leipzig aus kam die Ankündigung des Parteivorstandes.

Man merkt die Nähe des Reichsgerichts. (Große Heiterkeit.) Wenn wirklich ein Disziplinarspruch vorgelesen hätte, wäre das etwas so Unerhörtes gewesen? Die ganze Geschichte der Partei, der ganze Weg, den wir machen, sind geradezu besetzt mit Disziplinarsprüchen. (Sehr richtig! Rufe: Von Anfang an!) Sie wissen, daß der Parteivorstand in Halle von den „Jungen“ der Partei gemacht wurde, daß sie St. Gallen nicht gehalten hätte, durch den Kompromisse zur Unterstützung bürgerlicher Parteien verboten waren. Die Fraktion hat das Gegenteil getan, und damals waren die Attentäter Vebel, Liebknecht u. a. Sie haben sich nicht scheut, zu sagen: Ja, wir haben gegen einen Parteivorstand gehandelt, aber wir glauben damit dem Interesse der Partei zu dienen. Dann später 1902 wurde in München nach leidenschaftlich klingenden Reden Vebels beschloffen, dem bürgerlichen Kandidaten, der sich um unsere Stimmen bewerbe, eine ganze Anzahl vorzüglicher Fragen vorzulegen. Was ist daraus geworden? Folgen Sie uns einen bürgerlichen Abgeordneten, dem diese Fragen wirklich vorgelegt worden sind. Sie werden das nicht können; hingegen können wir Ihnen bürgerliche Abgeordnete zeigen, die damals mit unserer parteiideologischen Hilfe gewählt worden sind, unter Verleugnung des Münchener Beschlusses. Und ist es nicht weiter von einem Parteitag beschlossen worden, daß die Leipziger die Pflicht hätten, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen? Wer war es denn, der diesen Beschluß mißachtete und die Forderung der Rebellion dagegen aufstellte? Das waren die Leipziger! (Rufe.) Ja, weiß ich, daß es etwas anders ist, ob ein Disziplinarspruch in Leipzig erfolgt oder in Süddeutschland. (Sehr gut und Heiterkeit.) Wir sind überzeugt, daß wir einen Disziplinarspruch nicht begangen haben, daß wir zwingende Gründe im Sinne des Lübecker Beschlusses

für uns vorliegen. Welche Gründe das waren, will ich Ihnen kurz andeuten: Das meiste hat Timm schon gesagt. Eines will ich vorausschicken: Das, was an dieser Parteidebatte das Bedauerlichste ist, ist die Tatsache, daß wir durch die Angriffe provoziert und gezwungen worden sind, zu unserer Bedauern in gewissem Maße unsere Regierung zu loben. (Sehr richtig!) Unsere temperamentvolle Genossin von der Frauenkonferenz möge es mir nicht verübeln, wenn ich ein sehr ungalantes russisches Sprichwort anführe: Behandle Deine Frau wie einen Knecht, so wird sie Dir wie ein Knecht. Wir wenden dieses Sprichwort auf unsere Regierung an, man muß sie schütteln, damit die Früchte herabfallen, und deshalb bedauern wir, daß wir gezwungen sind, sie in gewissen Rahmen hier zu loben. Sie wissen, daß wir der badien Regierung nicht vertrauen, sondern Mißtrauen ausgesprochen haben, aber wir bestreiten nicht, daß durch manche politischen Vorlesungen und Angelegenheiten die Stimmung für die Budgetbewilligung geschaffen worden ist. Ich will das ein für allemal vorausschicken: Wir wissen, daß es beschiedene Erzeugnisse sind, und daß ein moderner Staat, wenn er seine Interessen recht verstände, tausendmal mehr bewilligen müßte. Aber wir wissen auch, daß kein bürgerlicher Staat der Arbeiterklasse von allein etwas herausgibt, alles muß erkämpft werden. (Sehr richtig!) Wir haben in Baden während dieser Tagung erreicht, daß die Organisation der Staatsbahnarbeiter ausdrücklich anerkannt ist. Die Regierung hat sich verpflichtet, in ähnlichen Fällen sich direkt mit den Organisationsleitern in Verbindung zu setzen, während sie früher erklärte, sie verhandele lediglich mit den Arbeitern oder deren Ausschüssen. Gewiß wird dadurch der Klassenkampf nicht aus den Angeln gehoben, aber wenn wir damit vergleichen, daß in Preußen die Eisenbahnarbeiter verhindert werden, sich einer Organisation anzuschließen, daß nicht einmal die Frauen der Eisenbahnarbeiter einen Konsumverein angehören dürfen, dann haben wir doch Grund zu sagen, daß etwas erreicht worden ist. Weiter ist uns die Zulage gemacht worden, daß in den Eisenbahnen, der allerdings nur beratende Stimme hat, die Arbeiter als gewerkschaftliche Vertreter zugelassen werden. Das ist jedenfalls ein Ausfluß der Erkenntnis, daß die Macht der Arbeiterklasse Gleichberechtigung und Berücksichtigung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens erfordert. Weiter ist von der Regierung bei wichtigen Fragen z. B. bei dem Entwurf über die Arbeitskammern ein Gutachten der freien Gewerkschaften eingeholt worden. Unser Fabrikinspektor und der Minister von Wobmann, der gegen uns die Hebriden gehalten hat, haben sich in der Kammer ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt, den die freien Gewerkschaften dem Entwurf gegenüber eingenommen haben. Er hat sich für das allgemeine, gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht für alle Arbeiter über 21 Jahre ohne Unterscheidung des Geschlechtes erklärt (Hört, hört!) und hat diesen Standpunkt un-

terstützt im Bundestag vertreten. — Es ist weiter in der Kammer durch den Fabrikinspektor unter Zustimmung des Ministers erklärt worden, daß sie es ablehnen müßten, die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu empfehlen auf Kosten der freien Gewerkschaften. (Hört, hört!) Endlich können wir auf den badien Baden die badienische Arbeiterbewegung verkaufen. Ich weiß, daß bei der Vertikalisierung, die unsere süddeutsche Arbeiterbewegung in den meisten Kreisen genießt, dies nicht besonders wertvoll erscheinen mag. (Heiterkeit.) Aber für uns hat es den Wert, daß wir dadurch be-

auf dem Wege zur vollen bürgerlichen Gleichberechtigung.

Nun war aber der Grund zur Budgetbewilligung nicht zu finden in den kleinen Zugeständnissen an unsere Landtagsmitglieder, sondern der Grund war der: Es war im letzten Landtag eine wesentliche Erhöhung der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter zugesagt worden. Es ist nicht so, daß bloß Gendarmen und Staatsanwälte davon Nutzen haben, wie ein norddeutsches Blatt schrieb, es waren Tausende von Eisenbahnarbeitern, Wegearbeitern, Bureauarbeitern, lauter arme Teufel, Proletarier, die wir gewinnen wollen und können. Im Einzelnen waren es gewiß nicht Millionen; wenn z. B. die Weichenheizerträger ein Anfangsgehalt von 600 und ein Höchstgehalt von 900 Mk. hatten, während sie jetzt ein Anfangsgehalt von 1000 Mk. und ein Höchstgehalt von 1400 Mk. haben, so werden Sie mit Recht sagen; das sind immer noch erbärmliche Gehälter. Aber für eine Arbeiterfamilie bedeutet es etwas; wir haben es für erzieherisch gehalten, daß wir den Anteil der Arbeiter an Gesamteinkommen des Landes erhöht haben. Aber ich sage ganz offen, und Vebel deutete es schon an: wir haben noch einen Grund gehabt, der bei unseren Fraktionsberatungen ausschlaggebend war. Wir haben diesen Grund bei den Erklärungen nicht angegeben, weil wir uns nicht für verpflichtet hielten, unseren Gegnern die Motive unseres politischen Handelns mitzuteilen. Sie, Parteigenossen, haben Anspruch den Grund zu hören. Wir haben bei den Parteien

eine politische Konstellation,

wie sie selten vorkommt. Es besteht keine Mehrheit einer bürgerlichen Partei, wir wollen Sozialdemokraten sind das rote Jänglein einer parlamentarischen Woge, und wir haben diesen parlamentarischen Zustand dadurch herbeigeführt, daß wir bei den vorigen Landtagswahlen im Jahre 1905 im zweiten Wahlgang den sogenannten Großblock bildeten, daß wir zusammengingen, offen zusammengingen mit den Liberalen aller Schattierungen, auch mit den Nationalliberalen. Nun, Parteigenossen! Wir haben dadurch erreicht, daß das Land bewahrt blieb vor einer liberalen Mehrheit, die sonst unter allen Umständen eingetreten wäre. Und wir sind stolz darauf, daß wir das erreicht haben. (Lachen und Rufe.) Genossen! Ich sagte Ihnen schon, nach meiner Ansicht wäre unsere Haltung die beste gewesen, wenn die Liberalen im Begriff gewesen wären, sich eine Mehrheit zu erkämpfen. Im Interesse des Landes hielten wir es für notwendig, zu verhindern, daß eine einzige bürgerliche Partei die Mehrheit erhielt, weil wir glauben, dadurch den Einfluß der Arbeitervertretung zu erhöhen. Nun haben wir für die Preussischen, die im nächsten Jahre bevorstehen, uns die Hände in keiner Weise gebunden. Welche Taktik bei den Wahlen eingeschlagen wird, ist Sache der badien Genossen, deren selbständige Organisationsarbeit die Entscheidung treffen werden. Aber wir haben eines erkannt: Es wurde von unsern Gegnern, vom Zentrum, im Parlament und außerhalb desselben als Hauptgrund gegenüber der Regierung und gegenüber den Liberalen ausgespielt: Was wollt ihr Liberalen denn machen? Die Sozialdemokraten sind durch ihren Parteibeschluß gebunden, das Budget abzulehnen. Wenn wir Zentrumleute nun einmal den Spieß umdrehen und auch einmal das Budget ablehnen, dann sieht ihr ohne Budget da. Ob das Zentrum diesmal von dieser wiederholten vorgetragenen Drohung Gebrauch gemacht hätte, weiß ich nicht und glaube ich nicht. Aber wir haben uns für berechtigt und verpflichtet gehalten, dem Zentrum

diesen billigen Trumpf aus der Hand zu nehmen,

und uns den Weg frei zu machen, unsere Entschlüsse mögen lauten, wie sie wollen. Vebel hat gesagt, wir haben unsere Manneswürde verleugnet dadurch, daß wir einer Regierung mit einem Minister wie Wobmann die Mittel bewilligt hätten, der uns so scharf angegriffen hat. Vebel hätte hinzufügen können, falls er unterrichtet worden ist, daß wir dem Minister v. Wobmann kein Wort schuldig blieben, daß wir ihn rücksichtslos sofort oder später bekämpft haben. Wenn wir am Schlusse aus den Erwägungen, die ich hervorhebe, zur Annahme des Budgets gekommen sind, so wollten wir diesem Minister ein Vertranensvotum am allerwenigsten erteilen. Aber eines darf noch gesagt werden: Nicht vieler Minister hat in den wenigen Monaten seiner Amtszeit erhebtlich Wasser in den Wein hinein tun müssen. Es ist uns gegenüber damit operiert worden, daß der Eisenbahnarbeiter Schüssele von der Regierung gemahngelt sei, weil er eine Kandidatur der Sozialdemokratie für das Karlsruher Rathaus angenommen hat. Ich meine in Norddeutschland, in Preußen — ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf — war der Konflikt nicht möglich. (Sehr richtig!) Dort können Sie, wenn Sie wollen, jeden Tag derartige Fälle haben, dort wird aber nicht immer darüber geredet, dort regt sich niemand darüber auf. Aber betonen möchte ich doch: Seitdem dieser Fall vorgekommen und die jährliche Kritik im Karlsruher Rathaus und im Landtag gefunden hat, seitdem ist diese Praxis von der badien Eisenbahnverwaltung ausgegeben worden. Wir haben damit nicht in der Presse rekonstruiert, in der gleichen Eisenbahnzeitung, aus der Schüssele sollte entlassen werden, wo er sich für uns wählen ließ, sind seitdem eine ganze Zahl Arbeiter von der sozialdemokratischen Partei als Gemeindevorteiler gewählt worden, auch für das Karlsruher Rathaus.

Auch wird gesagt, wenn Ihr dem Budget zustimmt, geht der Klassencharakter der Partei verloren. Wir sind dieser Ansicht nicht. Wenn es jemals Sozialdemokraten geben würde, die den Klassenkampf aufgeben sollten, würde der Klassenkampf sie nicht aufgeben, denn der Klassenkampf ist nicht begründet in der Anschauung unseres Vertrauensmannes oder eines Abgeordneten, sondern in den Verhältnissen, und die sind nicht auszuweichen durch parlamentarische Beschlüsse. Um was handelt es sich? Ein großer Teil von Ihnen ist hergekommen, nicht um uns zu überzeugen, sondern um uns zu überstimmen. Ich treue mich, daß Widerspruch erfolgt ist. Es hat Zeiten gegeben in den letzten Wochen, wo ein solcher Widerspruch nicht erwartet werden konnte, wo die Parole lautete: Es soll dafür gesorgt werden, daß wir überstimmt werden. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich weiß nicht, was Sie tun wollen und was Sie tun werden. Aber was ist damit gewonnen, wenn Sie uns eine Bindung mit auf den Weg geben,

die wir nicht annehmen können.

Was ist für Sie und die Partei gewonnen, wenn wir vielleicht nach einem Beschluß von Ihnen das nächste Mal in den Landtag kommen und das Budget ablehnen müssen, obwohl die Gegner wissen, daß wir vielleicht gegen unsere Ueberzeugung stimmen? Wäre damit der Partei oder der Arbeiterbewegung ein Dienst erwiesen? Würde damit der Klassenkampf erhöht werden? Vielleicht durch das Geschick, mit dem uns unsere Gegner empfangen würden. (Sehr gut!) Das können Sie nicht wollen. Wir halten Sie heute noch für unsere Kampfgesossen, für unsere Brüder, die mit uns zusammenzuschließen wollen. Sie dürfen uns nicht in eine Situation bringen, die nach unserer Kenntnis der Verhältnisse eine Forderung der Arbeiterpresse in unzulässig machen würde. Unser vorstehender Genosse hier hat einmal ein Süddeutsches Blatt vor sich genommen, wie wir uns in

einem solchen Falle verhalten sollten. Er sagte, wir sollten denken: Das sind ja zwar Eier, aber ich silge mich. Dieser gutgemeinte Rat, dessen eine Hälfte vielleicht manchem sympathisch ist (Große Heiterkeit), entspricht nicht der heutigen Situation. Ich bitte Sie im Namen der Einigkeit die wir alle wollen:

Bringen Sie es nicht zum Äußersten, wenn die Partei gerissen würde...

(Rufe: Wer will das denn, das wollt Ihr vielleicht!) Wir sind doch keine Kinder, die sich gegenfellig die Schuld zuschieben wollen, wir sind hier beisammen, um ernst zu beraten, was geschehen soll, um ein Unglück abzuwenden. (Rufe: Sie wollen, daß es nach Ihrem Kopfe geht!) Wir würden mit Ihnen eine Zerlegung der Partei für ein Unglück halten, nicht bloß für die Norddeutschen und die Süddeutschen, nicht bloß für die Sozialdemokratie, sondern für die ganze politische Entwicklung von Deutschland und Europa. (Sehr richtig!) Die Debatte, wie sie bisher geführt ist, und das Ergebnis entsprach nicht dem Geist, der sich dem Ernst der Lage bewußt ist. Wir alle gehen davon aus, daß der Feind draußen steht und nicht unter uns. (Sehr wahr!) Man hat eine Resolution vorgelegt, die man sogar noch für milde hält, von der man gemeint hat, die Süddeutschen würden direkt verblüfft sein über die entgegenkommende und gütige Form. (Sehr richtig!) Wir betrachten die Resolution als

das Gegenteil des Entgegenkommenden.

Sie ist für uns durchaus unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Es ist schon hervorgehoben, daß wir es nicht verstehen, warum in der Resolution auch nicht andere Staaten mit angeführt worden sind. Warum haben Sie Göttha vergessen? Die Götthaer haben noch nach Ubed für das Budget abstimmten in einer Situation, die nicht den von Vebel angeführten Fällen entsprach. Vebel hat öffentlich bei unseren Versprechungen erklärt: Man hat in dem einen Fall für das Budget gestimmt, um die Stellung eines Ministers zu stärken, weil ein reaktionärer Minister vor der Tür gestanden hat. Im anderen Falle wurde dem Budget zugestimmt, um die Vorteile eines guten Domänenankaufs für den Staat einzusacken. Diese beiden Fälle beweisen, wie mannigfach die Verhältnisse sind, die Geschehen in den Parlamenten zwingen können, entgegen der Resolution dem Budget zuzustimmen. Ist es nur Ihre Meinung, daß künftig die Götthaer Genossen, wenn sie durch ihre Abstimmung einen etwas freier gestimmten Minister am Ruder erhalten können, das nicht mehr tun dürfen? In der Resolution ist es gesagt, wenn man eine Verdrückterung verhindern kann, dann darf man den Grundlag der Ablehnung des Budgets fallen lassen. Wenn man aber etwas Gutes erreichen kann, dann darf man es nicht tun. Das verstehen wir nicht. Den Bedürfnissen des parlamentarischen Lebens wird die Resolution nicht gerecht. Bei der Besprechung hat einer unserer Genossen erklärt, die Lübecker Resolution hat für die Vernunft noch eine Spalte gelassen, die Resolution des Parteivorstandes höchstens noch eine Ritze. Der Fall, den die Resolution im Auge hat, ist ein Fall, der vielleicht in 100 Jahren einmal vorkommen könnte. Damit ist es nur verhehelt, daß künftig für alle Fälle und unbedingt die Zustimmung zum Budget unmöglich gemacht wird. Nun wird uns entgegengehalten: Ihr habt doch früher jahrelang das Budget abgelehnt und habt Fortschritte dabei gemacht. Wir haben in Baden eine Annahme der Stimmen der Reichstagswähler von 29 Proz. gehabt. Wir stehen damit an erster Stelle unter allen deutschen Staaten und Provinzen. Sachsen z. B. hat nur 6 Proz. abgenommen. Aber darauf kommt es gar nicht an, sondern darauf, ob wir den Zwang mitmachen sollen, das Budget abzulehnen zu müssen. Das ist etwas Neues. 1894 wurde in Frankfurt überhaupt kein Beschluß gefaßt. Die Lübecker Resolution von 1901 läßt die Möglichkeit offen und Dresden hat auch damals — trotz des Beschlusses — im Landtag erklärt, daß er eine Bindung nicht anerkenne. Es konnte uns also von den Regierungen und den gegnerischen Parteien nicht entgegengehalten werden, daß wir den Etat unbedingt ablehnen müßten, gleichviel wie er sich gestaltet. Die jetzige Resolution aber würde

unsere parlamentarische Stellung untergraben.

Auf dieses Exempel ist bisher eine Probe noch nicht gemacht worden, weil eben bisher eine vollständige Bindung nicht bestand.

Ich verneine nicht die Unterschiede zwischen Süddeutschland und Norddeutschland. Wenn Süddeutschland eine fast 100-jährige parlamentarische Tradition hat, so dürfen wir das nicht übersehen. Aber wir überschätzen das nicht. Im Gegenteil, wir wissen, daß durch die Entwicklung des Kapitalismus und die Eigenart der deutschen Stämme förmlich eine Revolverungswalze hinübergerollt. Hier handelt es sich nicht in erster Reihe um einen Gegensatz zwischen Nord und Süd, denn wir haben — das erkenne ich gern an — sehr gute süddeutsche Parteigenossen, die aus dem Norden gekommen sind, ebenso wie Sie in Berlin sehr viele Süddeutsche haben, die dort Berliner geworden sind. Nein, der Gegensatz ist ein anderer. Was die Verbilligung und Erleichterung gekostet hat, war die Tatsache, daß eine Ueberstimmung drohte von denjenigen Staaten, die in Landtagswahlen recht haben. Wir haben ja auch Parteitagbeschlüsse gefaßt, mit denen einzelne von uns nicht einverstanden waren. Ich erinnere an die Kämpfe über die Waiselstrasse. Wie wurde da mit Erbitterung herüber und hinüber geschrien. Aber damals hatten die Reichstags ihre Wirkung auf das ganze Reich ohne Unterschied erstreckt, und das war das Verbilligende. Das gab dem Parteitag auch das moralische Recht, unter allen Umständen die Disziplin scharf anzulegen und durchzuführen. Hier aber liegt es anders. Ein Beschluß in der Budgetfrage würde nur diejenigen Staaten treffen, die ein Wahlrecht, die eine Vertretung der Arbeiter haben, und die Staaten, die ein Wahlrecht nicht haben oder nicht mehr haben, wie Sachsen und Preußen, liefern die Stimmen für einen Beschluß, dessen Wirkung sie nicht selbst prüfen, sondern dessen Wirkung die Staaten fühlen, deren Vertreter sich gegen den Beschluß gewendet haben. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Das ist der Kernpunkt. Ich bitte Sie nochmals, überlegen Sie sich Ihre Abstimmung. Die Resolution des Parteivorstandes darf nicht angenommen werden. Wohl wissen wir, daß ein Parteikörper Disziplin haben muß. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das ist die Mutter der Siege. Aber die Staaten ohne Landtagswahlrecht dürfen nicht die anderen Staaten majorisieren. (Rufe: Wo bleibt denn die Einigkeit der Partei?) Ich sage ja, es soll Disziplin sein, aber das schließt nicht aus, daß in dem durch Parteistatut gegebenen Rahmen Eigenarten bestehen. Schauen Sie hinaus auf die alten Tüme in Nürnberg, wie da die Steine, jeder einzelne verchieden, gestaltet sind, und wie sie doch alle höhenwärts streben; und wenn Sie ein paar Schritte zurücktreten, dann sehen Sie nur mächtige Quader, dann haben Sie den Eindruck der Gleichheit. Ich glaube, es ist möglich, Disziplin zu halten und doch die Eigenart nicht zu töten. (Sehr richtig!)

Wenn Sie auf un'er einzelstaatliches Verhältnis einwirken wollen, so kann man darüber reden, aber dann wäre zunächst nötig eine Änderung des Parteistatuts. Es wäre nötig, daß die Einzelstaaten und Provinzen dem Parteivorstande gegenüber eine geordnete Vertretung hätten, damit er nicht auf unvollständige Zwischenträger angewiesen wäre. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Es ist in den letzten Tagen oft hingewiesen worden auf den Nürnberger Vereinstag von 1868, und von mancher Seite wurde in nicht mißverständlicher Weise mit dem Gedanken gespielt, daß vielleicht Nürnberg, wo der Oberbürger der Partei geleistet wurde, eine traurige Bedeutung erhalten könnte. Ich bitte Sie auch, in der Geschichte zurückzublicken, aber nicht so weit. Ich bitte Sie zurückzublicken auf das Jahr 1875, auf das Jahr, in dem die deutsche Arbeiterklasse, die bisher getrennt markierte, sich vereinigt hat. Ich bitte Sie, daran zu denken, daß damals ein Programm angenommen wurde gegen den Rat unserer großen wissenschaftlichen Führer Karl Marx, ein Programm, das förmlich wissenschaftlich mangelhaft gewesen ist, aber damals haben unsere Genossen Verstand und Begeisterung, das un-